



'Attention 5G'

European
Citizens'
Initiative

Newsletter Nr. 2

29.09.2019

Rückblick auf unsere 5G-Aktionstage in Berlin Ausblick auf kommende Herausforderungen

Nach einer Woche können wir heute zurückblicken auf einen engagierten, friedlichen und erfolgreichen Verlauf des Aktionswochenendes zum Thema 5G, zeitlich vor der Anhörung der Bundestagspetition (ID 88260) am 23.09.2019. Die viertägige Mahnwache in Berlin wurde gestützt von Mahnwachen im ganzen Bundesgebiet. Zur Demonstration kamen 500 Menschen in der durch Mobilfunk stark belasteten Innenstadt von Berlin (Testgebiet für 5G) zusammen, einige sogar mit dem Handicap der Elektrosensibilität. Für die Vielen, die Mobilfunkstrahlen nicht mehr vertragen und deshalb nicht kommen konnten, trugen Demonstrationsteilnehmer*innen Plakate, auf denen deren Name und Wohnort stand.



Als Petent dieser Bundestagspetition bedanke ich mich herzlich für die Unterstützung der Mitunterzeichner*innen. Das Erreichen des Quorums haben die vielen, vielen Menschen, teilweise mit großem persönlichen und auch finanziellen Einsatz ermöglicht, um unsere Besorgnisse zum Thema Mobilfunk und dem neuen Standard 5G in den Deutschen Bundestag zu tragen – mit der Forderung **"die Vergabe von 5G-Mobilfunklizenzen auszusetzen und die Einführung des 5G-Mobilfunkstandards zu unterbinden, „solange wissenschaftlich begründete Zweifel über die Unbedenklichkeit dieser**

Technologie bestehen" (Moratorium). Dank an alle, die mit uns gemeinsam auch in der Zukunft an einem Strang ziehen.

Tatkraft zeigt Wirkung

Zunächst danken wir jenen Aktivisten, die unserem bundesweiten Aufruf gefolgt sind und am 21./22.09.19 vor Ort 5G-Mahnwachen durchgeführt haben. Herzlichen Dank auch an Michael Mumm aus Hamburg als Impulsgeber für die Demo, an die Berliner Aktivisten (allen voran Thomas Löb), die durch Anpacken, Besorgen und Verteilen von Flyern, zum Gelingen der 4-tägigen Mahnwachen, der Demonstration/Kundgebung maßgeblich beigetragen haben. Herausstellen möchten wir auch das Engagement ÖDP, die uns dabei unterstützt, unsere Anliegen mit der Europäischen Bürgerinitiative "Attention 5G", auf eine europäische Ebene zu heben. Auf europäischer Ebene, wo Ende 2018 nach einer Entschließung des Europaparlaments mit der sogenannten "Telekommunikationsreform" vom Europäischen Rat (Ministerrat) der schnelle Ausbau von 5G und anderer Netztechnologien beschlossen wurde.

Erwartungen an die öffentliche Anhörung

Aus der Perspektive des politischen Status Quo war gerade nicht zu erwarten, dass sich mit in dem laufenden Petitionsverfahren des Bundestages, und erst recht nicht in der öffentlichen Anhörung im Petitionsausschuss, etwas ändern könnte. Eher war zu erwarten, dass die Anhörung den bisher eingeschlagenen Weg der Bundesregierung spiegelt. Aber mit dieser Anhörung konnten Fakten und unsere Argumente in die Öffentlichkeit transportiert werden und direkt zu allen Parlamentariern. Direkt nach dem Anhörungstermin suchten mehrere Abgeordnete im Foyer des Sitzungssaals das Gespräch mit uns, wo es zu einem offenen und intensiven Austausch kam. Es kam sozusagen zu einer "Anhörung nach der Anhörung". Dabei stellte sich heraus, dass die Elektrosensibilität auch bei Parlamentariern und deren Familien gesundheitliche Beeinträchtigungen hervorruft und vor allem als solche wahrgenommen wird. Vom Petitionsausschuss erwarten wir auf der Grundlage einer eingereichten ausführlichen, schriftlichen Darstellung der gesamten Mobilfunk-Problematik (mit weiteren Nachweisen) eine abschließende Stellungnahme, mit der das Petitionsverfahren abgeschlossen wird. Das finale Ergebnis wird mit einem der nächsten Newsletter der Europäischen Bürgerinitiative "Attention 5G" veröffentlicht.

Europäische Handlungsfelder

Mit dem Status Quo zur politischen Mobilfunkagenda ist unser aller Engagement weiterhin noch stärker gefordert, so etwa auch auf dem politischen Parkett der Europäischen Union, wenn wir die großen Widerstände überwinden, mit denen wir konfrontiert sind und erfolgreich das ganze digitale Kommunikationssystem auf gesunde Beine stellen wollen. Denn der Rat der Europäischen Union, die EU-Kommission, wie auch die Bundesregierung, schließen nach wie vor Gefahren durch Mobilfunk und 5G aus oder ignorieren einfach die Risiken. Die Bundesregierung will nach Aussage von Staatssekretär Pronold im Petitionsausschuss am 23.09.19 die bestehenden "hohen" Standards aufrechterhalten, womit nur die hohen oder in Zukunft noch höhere Grenzwerte gemeint sein können. Die Bundesregierung schenkt bei der Festlegung und Beurteilung von Grenzwerten nach wie vor der ICNIRP ihr ganzes Vertrauen. Das bedeutet mit hoher Wahrscheinlichkeit, dass biologische, biochemische Effekte, Langzeit- und Wechselwirkungen des Mobilfunks nach wie vor nicht berücksichtigt werden, so auch nicht der aktuelle Forschungsstand.

Wir stehen vor der Herausforderung, den gültigen Rechtsrahmen zu ändern. Diesen Rechtsrahmen haben Bundesregierungen in vorangegangenen Wahlperioden selbst gesetzt. Die Bundesregierung wird, so die Prognose, keinesfalls einseitig, und wenn, nur über die Verfassungsgerichtsbarkeit oder auf der Ebene der Europäischen Union von ihren Mobilfunkplänen abweichen. Wegen der Staaten- und Standortkonkurrenz kann nur ein geänderter europäischer Rechtsrahmen Befürchtungen relativieren, dass jeweils einzelne EU-Mitgliedsstaaten untereinander oder gegenüber überstaatlich agierenden "Global Playern" den wirtschaftlichen Anschluss verlieren. So kann die Bundesregierung neben anderen Mitteln, bsp. auf Augenhöhe mit anderen EU-Regierungsvertretern im EU-Ministerrat eher motiviert werden, den eingeschlagenen Weg zu ändern.

Vor allen anderen sind institutionalisierte Formen der politischen Bürgerbeteiligung in der Lage, die gesamte Protestbewegung zu bündeln und auf überregionaler Ebene zu koordinieren. Wir bilden alle gemeinsam auf Augenhöhe ein Orchester mit vielen Instrumenten. Dieses Orchester kann in einer konzertierten Vorgehensweise nicht mehr überhört werden. Ihre ganze Kraft und Stärke entwickelt unser bürgerliches Engagement so im Verbund mit rechtlichen Schritten bis auf die Ebene der Verfassungsgerichtsbarkeit.

Rechtliche Schritte

Die Europäische Bürgerinitiative "Attention 5G" ruft deshalb Juristen auf, ein Konsortium zu bilden, das sich zum Ziel setzt, konkrete rechtliche Schritte herauszuarbeiten, um im Hinblick auf den Mobilfunk, der Unversehrtheit von Leib und Leben, der Unverletzlichkeit der Wohnung, der informationellen Selbstbestimmung, auf Gewährleistung von Integrität und Vertrauen zu digitalen Kommunikationssystemen (BVerG, 2008 zu Art. 2 Abs. 1 GG), letztlich freiheitlichen Prinzipien und dem Gemeinwohl den Wert zu verschaffen, der uns grundgesetzlich und mit der herrschenden Rechtsprechung zugesichert ist. Einen Anfang machen wir nach dem offiziellen Programm bei dem Internationalen Symposium in Mainz, am Sonntag, den 6. Oktober.

Kommunale Handlungsfelder

Wichtig und unabdingbar sind weiterhin Aktivitäten auf lokaler Ebene. Auf kommunaler Ebene können örtliche Bürgerinitiativen, wiederum gestützt durch höchstrichterliche Rechtsprechung, Vertreter der politischen Gemeinde auf bereits vorhandene, kommunale Handlungsfelder aufmerksam machen. Auf kommunaler Ebene lässt die Rechtslage und höchstrichterliche Rechtsprechung eine wirksame Steuerung bereits vor der Aufstellung von Sendeanlagen und beim Betrieb von laufenden Mobilfunkanlagen zu.

Wo stehen wir mit der EBI?

Mit einer gemeinsamen Plattform verfolgen wir als eine Europäische Bürgerinitiative "Attention 5G" demnächst die Vernetzung aller europäischen Bürgerinitiativen. Wir stellen in den nächsten Tagen mit einer Kollaborationssoftware eine Infrastruktur für eine mindestens europaweite Vernetzung der gesamten Mobilfunk-Protestbewegung zur Verfügung, in der sich Einzelpersonen oder Bürgerinitiativen nach Registrierung selbst organisieren, d. h. vollkommen autark und dezentral strukturieren und vernetzen können. Diese Software vermeidet die Bildung von Hierarchien. Mit diesem Instrument muss in einer europaweiten Protest-Landschaft nicht mehr gesucht werden, sondern Ihr werdet gefunden (passives Matching). Die gesamte Mobilfunk-Protestbewegung bekommt ein dialogfähiges Gesicht auf überregionaler und lokalen Ebenen, nach innen und außen. Die Plattform wird auf einem hochgesicherten Serversystem in Deutschland gehostet. Lokale Bürgerinitiativen nehmen die Prüfung der Athenzität von Mitgliedern vor. Damit wird die Datenqualität (Aktivisten und Inhalte) auf hohem Niveau

gewährleistet, so auch Datenhoheit und Datenschutz, ohne jegliche transatlantische Anbindung oder Abhängigkeit.

Zeitnah nach Einstellung dieser Plattform auf "www.attention-5G.eu" reichen wir bei der Europäischen Kommission unsere Anträge ein. Wir hoffen spätestens zum Jahresbeginn mit der im Verfahren einer Europäischen Bürgerinitiative vorgesehenen Unterschriftenaktion beginnen zu können, die binnen eines Jahres europaweit ein Quorum von einer Million Unterstützern erreichen sollte, damit sich die EU-Kommission und das Europäische Parlament mit unseren Anträgen befassen.

Mit einem weiteren Handlungsstrang namentlich mit rechtlichen Schritten, wollen mit einem gemeinsamen Konzert politischen Druck in den Rat der Europäischen Union tragen, wo Regierungsvertreter der EU-Mitgliedsstaaten auf Augenhöhe miteinander verhandeln. Damit schaffen wir alle gemeinsam die Voraussetzung für eine gesellschaftspolitische Richtungsänderung in der europäischen Bevölkerung und in europäischen Parlamenten.

UNTERSTÜTZT die Europäische Bürgerinitiative "Attention 5G"

Aufstehen für Menschen, Flora und Fauna – Gesund bleiben !

**Kleinste Beträge helfen, unsere gemeinsamen Vorhaben
zu finanzieren, am besten monatlich per Dauerauftrag:**

**Spendenkonto für die Europäische Bürgerinitiative "Attention 5G":
Ethikbank: IBAN: DE89 8309 4495 0003 4195 92; BIC: GENODEF1ETK**

Mit besten Grüßen

für die Europäische Bürgerinitiative "Attention 5G":
www.attention-5G info@attention-5G.eu



Politologe (M.A.)

Initiator der 5G-Bundestagspetition (ID 88260)
und der Europäischen Bürgerinitiative "Attention 5G"

Video-Links zu unseren Berliner 5G-Aktionstagen 20. - 23.09.2019



Video-Aufnahme von Sonntag 22.09.19 –

<https://www.youtube.com/watch?v=CyclpdRY7uk&feature=em-lbcastemail>

Demo-Video Bericht von KenFM

<https://kenfm.de/kenfm-am-set-stopp-5g-demo/>

Pressemeldung der Bundesregierung zur Anhörung am 23.09.19

https://www.bundestag.de/presse/hib/658978-658978?fbclid=IwAR3dBEQxfwS6hPd9bITia_pv_PnvChRGMQArTqx7PZuzAkscQ_Sr5fkLI7w4Die

Aufzeichnungen Anhörung im Petitionsausschuss 23.09.19

<https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7388937#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03Mzg4OTM3&mod=mediathek>

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw39-pa-petitionen-657842>

https://www.youtube.com/watch?v=Q8DH_zHpys4&feature=youtu.be

Informationen des Vereins "diagnose:funk e.V.":

www.diagnose-funk.org/publikationen...